



BetriebsrätInnen

Vielseitig und schlagkräftig – sie boxen unsere Rechte durch.

- **Herbstlohnrunde**
Lohnkampf in Metallindustrie und Metallgewerbe
- **Lohnsteuer runter!**
Viel diskutiert: Das ÖGB-Steuermodell

Inhalt:

BETRIEBSRÄTINNEN FÜR MITBESTIMMUNG

Für die tägliche Betriebsratsarbeit braucht es starke Nerven und Durchsetzungskraft. Gleichzeitig verlangt es Einfühlungsvermögen und soziale Kompetenzen. Ein/e vielseitige/r AllrounderIn ist gefragt. Das Wissen, was BetriebsrätInnen alles machen, ist aber zum Teil immer noch gering. Wozu gibt es eigentlich einen Betriebsrat, was bringt es den KollegInnen im Betrieb und was treibt BetriebsrätInnen an? „Glück auf!“ zeigt die vielen Facetten der Betriebsratsarbeit.

Seiten 4 bis 7

PRO-GE VERHANDELT METALL-KV

Jedes Jahr verhandelt die PRO-GE rund 140 Kollektivverträge. Doch keine Verhandlung erzeugt derartig großes mediales Interesse wie jene der „Metaller“ im Herbst. Wir informieren über den aktuellen Stand aus den laufenden Metallindustrie- und Metallgewerbeverhandlungen.

Seiten 10 und 11

TTIP UND CETA

Deregulierungsabkommen dürfen nicht auf Kosten von Sozialstandards und Umweltvorschriften gehen. Die aktuellen Entwicklungen zu den Verhandlungen bei TTIP und CETA zeigen, dass der Abbau von „Handelshemmnissen“ aus Sicht der ArbeitnehmerInnen nicht ungefährlich ist.

Seite 19

PRO-GE MITGLIEDER HELFEN MENSCHEN IN NOT

Gewerkschaftliche Solidarität ist mehr als nur ein Schlagwort: Die „Glück auf!“ berichtet von drei PRO-GE Hilfsaktionen, die Menschen in unterschiedlichsten Teilen der Welt durch schwierige Zeiten helfen.

Seite 15

LOHNSTEUERKAMPAGNE

Das vom ÖGB und der AK erarbeitete und im September präsentierte Steuermodell soll besonders für ArbeitnehmerInnen eine spürbare Entlastung bringen. Die „Glück auf!“ zeigt, welche Maßnahmen gefordert werden, um die Menschen zu entlasten und die Kaufkraft in Österreich wieder zu stärken.

Seiten 16 und 17

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Dietmar Meister. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, ÖGB-Verlag, Gastein Tourismus, Harald Mannsberger, Christian Redtenbacher, Lisa Lux. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 14. November 2014.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Arbeitskampf des Monats

116 Tage lang haben sie gestreikt – und gewonnen: 17.000 SekretärInnen, TechnikerInnen und andere nicht wissenschaftliche Beschäftigte der Universität von São Paulo legten für fast vier Monate ihre Arbeit nieder. Mit Erfolg. „Wir haben gesiegt. Wir konnten eine Lohnerhöhung um 5,2 Prozent sowie einen rückwirkenden Bonus von 28,6 Prozent durchsetzen“, erzählt Gewerkschaftsvorsitzende Diana Assunção. Der Arbeitskampf brach aus, nachdem der Rektor mitteilte, es werde für das kommende Jahr keine Lohnerhöhung geben – obwohl die Inflation in Brasilien aktuell bei rund sechs Prozent liegt. Bis zuletzt war der Rektor unnachgiebig geblieben und ließ sogar zu, dass die Militärpolizei mehrfach Streikposten attackierte. Und die Moral von der Geschichte? Wer nicht aufgibt, verliert auch nicht.

KURZ NOTIERT

Österreichs Reiche sind besonders reich

Laut einer Studie des kürzlich veröffentlichten „Wealth Report Europe“ besitzen in Österreich die reichsten ein Prozent der Bevölkerung 40 Prozent des Privatvermögens. Im Vergleich zu den anderen Ländern in Europa ergibt sich daraus eine noch größere Schieflage, denn das Ungleichgewicht hat zugenommen. Reiche Haushalte besitzen einen immer größeren Teil des gesamten Vermögens. Österreich und Deutschland weisen im EU-Vergleich die höchsten Vermögenskonzentrationen auf.



Steuerflucht von Konzernen

Die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer kämpfen gegen legale und illegale Steuertricks multinationaler Großkonzerne. Die OECD präsentierte ein Maßnahmenbündel gegen Steuerflucht. Künftig soll es nicht mehr so leicht möglich sein, Gewinne zwischen mehreren Firmenstandorten zu verschieben, bis kaum oder gar keine Steuern mehr anfallen. ExpertInnen schätzen, dass den Staaten wegen ausgefeilter Firmenstrukturen jährlich Steuereinnahmen in Billionenhöhe entgehen.

Lohn- und Sozialdumpinggesetz

Lohn- und Sozialdumping wird künftig härter bestraft. Unternehmen drohen künftig Geldbußen bis zu 10.000 Euro, wenn sie ArbeitnehmerInnen Überstunden vorenthalten. Mit den Regelungen soll unlauterer Wettbewerb unterbunden und faire Bedingungen für alle in Österreich aktiven Betriebe geschaffen werden. Das Gesetz soll noch im Oktober beschlossen werden.



PRO-GE Frauen

Die bisherige PRO-GE Bundesfrauensekretärin Claudia Friebe wurde vom PRO-GE Bundesfrauenvorstand einstimmig zur neuen geschäftsführenden Bundesfrauenvorsitzenden der Gewerkschaft PRO-GE bestellt und übernimmt damit die politische Leitung der PRO-GE Frauenabteilung.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

SOLIDARITÄT UND KAMPFKRAFT FÜR LOHNRUNDEN

Die Herbstlohnrunde ist gestartet und im Oktober werden die Kollektivvertragsverhandlungen im Metallbereich ihren Höhepunkt erreichen. Priorität haben ordentliche Lohnerhöhungen für die Beschäftigten.

Die Lohnverhandlungen sind in vollem Gange. Bereits im September konnten wir etwa in der Zuckerindustrie oder dem Bäckergewerbe gute Abschlüsse erreichen. Im Oktober sind die zwei großen Bereiche Metallindustrie und Metallgewerbe an der Reihe, bevor dann die KV-Runden etwa für die LeiharbeiterInnen und für viele Sektoren aus dem Agrar- und Nahrungsmittelsektor im Fokus stehen.

Mit den sechs Arbeitgeberverbänden in der Metallindustrie sind insgesamt mindestens 14 Verhandlungsrunden geplant. Die Metallindustrie hat ein erfolgreiches Jahr hinter sich und steht wirtschaftlich sehr solide da. Das Produktionsniveau ist hoch. Gleichzeitig wurden Eigentümer und Aktionäre zuletzt wieder gut bedient. Die Managergehälter sind deutlich gestiegen. Da hat es wenig Zurückhaltung gegeben.

Die Beschäftigten müssen jetzt am Erfolg teilhaben. D. h. es braucht eine spürbare Lohnerhöhung. Die Preise für Mieten und den täglichen Bedarf sind seit Monaten stärker gestiegen als die durchschnittliche Inflation. Die ArbeitnehmerInnen sind von diesen Preissteigerungen besonders betroffen. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft nicht den Schwung hat, um die hohe Arbeitslosigkeit einzudämmen. Daher haben heuer die Kollektivvertragsabschlüsse eine wesentliche Bedeutung für die Konjunktur: Es geht um die Stärkung der Kaufkraft und der Inlandsnachfrage.

An erster Stelle steht für die PRO-GE ein ordentlicher Reallohnzuwachs für die Beschäftigten. Dafür werden wir kämpfen müssen, denn freiwillig werden die Arbeitgeber nicht in die Geldschatulle greifen und die Löhne anheben. Ich danke herzlich allen Mitgliedern und Betriebsrätinnen und Betriebsräten der PRO-GE für die Solidarität und Kampfkraft. Wir werden gemeinsam in den nächsten Wochen viel Überzeugungsarbeit leisten und Druck aufbauen müssen: nicht nur bei den Lohnrunden, sondern auch für die rasche und wichtige Steuerentlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Bettina Herr
Betriebsrätin bei Fahnenfabrik Gärtner
Salzburg

BetriebsrätInnen sorgen für Mitbestimmung

BeraterIn, sachkundige ExpertIn, PsychologIn, KonfliktmanagerIn. Die Betriebsratsarbeit ist vor allem eines: abwechslungsreich. Das Wissen darüber, was BetriebsrätInnen alles machen, ist aber zum Teil immer noch gering. Wozu gibt es eigentlich einen Betriebsrat, was bringt es den KollegInnen im Betrieb und was treibt BetriebsrätInnen an? Die „Glück auf!“ zeigt die vielen Facetten der Betriebsratsarbeit.

Betriebsratsverseucht

war einmal in Deutschland das „Unwort des Jahres“. Ein deutscher Fernsehsender hatte im Jahr 2009 in einer Magazinsendung berichtet, dass dieses Wort von Abteilungsleitern einer großen Baumarktkette verwendet wurde, wenn ein Beschäftigter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Betriebsrat wechseln wollte.

Wenn man darüber nachdenkt, dann unterstreicht diese Geschichte, wie wichtig ein Betriebsrat ist. Es braucht Kolleginnen und Kollegen, die informieren und die für die Anliegen der Beschäftigten kämpfen. Denn einmal ehrlich: Wer kennt schon alle Gesetze, Verordnungen, Betriebsvereinbarungen und könnte alle Fragen zum Lohn, zur Einstufung, zur Weiterbildung, zur Arbeitszeit, zur Kündigung oder bei der Ausarbeitung eines Sozialplans ganz allein mit dem Chef ausfechten und regeln?

Gewerkschaft und Betriebsrat. Die Anforderungen an BetriebsrätInnen sind enorm: Aus diesem Grund arbeiten in den meisten Unternehmen das jeweilige Betriebsratsteam und die Gewerkschaft sehr eng zusammen. Diese Zusammenarbeit hat sich aber auch

außerhalb der Betriebe bewährt: etwa bei Kollektivvertragsverhandlungen oder bei ArbeitnehmerInnen-Kampagnen wie zuletzt mit „Lohnsteuer runter!“. Gewerkschaftlich organisierte BetriebsrätInnen haben gute BeraterInnen und können immer auf die Leistungen der PRO-GE zugreifen: etwa auf die Unterstützung der betriebsbetreuenden GewerkschaftssekretärInnen, auf das Wissen der RechtsexpertInnen oder auf die Beratung bei Arbeitszeitregelungen und Gesundheitsmaßnahmen.

Besonderes Augenmerk legt die PRO-GE auch auf die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von BetriebsrätInnen. Jedes Jahr wird ein umfangreiches Seminarprogramm angeboten: vom Grundkurs zum Rhetorikseminar bis hin zum Spezialkurs für die ArbeitnehmerInnen-Vertretung in multinationalen Konzernen.



Kündigungsschutz ausbauen. Der Betriebsrat verschafft den Anliegen der ArbeitnehmerInnen im Unternehmen Geltung. Daher müssen BetriebsrätInnen auch Konflikte mit den Firmenchefs austragen. Hinzu kommt, dass nicht nur arbeitsrechtliche Unklarheiten Probleme bereiten können, sondern auch in zwischenmenschlichen Konflikten vermittelt werden muss. Mitglieder eines Betriebsratsteams haben daher einen erhöhten Kündigungs- und Entlassungsschutz. Für die PRO-GE muss sich in diesem Bereich aber noch einiges verbessern, denn BetriebsrätInnen, die sich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen im Betrieb einsetzen, dürfen nicht Gefahr laufen, gemäßregelt zu werden oder gar den Arbeitsplatz zu verlieren. Das muss auch für LeiharbeiterInnen gelten, die sich im Einsatzbetrieb gewerkschaftlich betätigen bzw. als Betriebsrätinnen und Betriebsräte kandidieren.



Wolfgang Hinteregger

Betriebsrat bei Industriebetriebe Swatek Kärnten

Der Kündigungsschutz muss auch auf ErsatzbetriebsrätInnen sowie ErsatzjugendvertrauensrätInnen ausgedehnt werden. Auch EinberuferInnen einer Betriebsversammlung, etwa bei der ersten Betriebsversammlung in einem Betrieb, sollen einen Kündigungsschutz erhalten.

Trotz der Rechte im Arbeitsverfassungsgesetz ist es noch immer so, dass BetriebsinhaberInnen und ManagerInnen versuchen, die Wahl von BetriebsrätInnen zu verhindern bzw. die Betriebsratsarbeit zu behindern. Die PRO-GE fordert, dass die Rechte der BetriebsrätInnen weiter ausgebaut werden und auch das Strafgesetzbuch dahingehend geändert wird, dass die Behinderung von Betriebsratswahlen unter Strafe gestellt wird.

Betriebe mit Betriebsrat im PRO-GE Bereich

- 7.853 BetriebsrätInnen und
- 900 JugendvertrauensrätInnen
- 1.746 Betriebe

Quelle: PRO-GE Bericht zum Gewerkschaftstag 2013

Entstehungsgeschichte des Betriebsrates

Die Geburtsstunde für die Gründung von Betriebsräten schlug in Österreich im Jahre 1919. Die Ausbeutung der ArbeitnehmerInnen war Ausgangspunkt der Bemühungen, durch rechtliche Bestimmungen und durch eigene Vertretungskörper der ArbeitnehmerInnen eine Gegenmacht zu den Arbeitgebern aufzubauen und so für mehr soziale Gerechtigkeit und Schutz für die ArbeitnehmerInnen zu sorgen.

Aufgaben und Rechte des Betriebsrates

Welche Zulagen in welcher Höhe stehen den Beschäftigten zu? Welche Arbeitszeiten sind rechtens? Was steht im Kollektivvertrag, was in der Betriebsvereinbarung? Der Betriebsrat weiß Bescheid und kann sich im Interesse der Beschäftigten zur Wehr setzen.

LINKTIPP:

Rechtliche Grundlagen zur Betriebsratswahl und zur Betriebsratsarbeit

www.betriebsraete.at

Grundsätzlich besteht die Aufgabe eines Betriebsrates darin, die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Betrieb zu vertreten. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, besitzt der Betriebsrat Rechte und Pflichten, die im Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) festgeschrieben sind.

Anspruch auf Informationen. Der Betriebsinhaber muss den Betriebsrat über die wirtschaftliche Lage des Betriebs, über Art und Umfang der Erzeugung bzw. Dienstleistungserbringung, über Investitions- und Rationalisierungsvorhaben etc. informieren. In Betrieben ohne Betriebsrat gibt es keine derartigen Informationspflichten. Deshalb wissen die Beschäftigten dort oft nicht, wie es wirtschaftlich um den Betrieb steht, ob ihr Job auf absehbare Zeit sicher ist oder nicht. Im Falle von Betriebsänderungen wie Schließungen oder Firmenzusammenschlüssen hat der Betriebsrat Informations- und Mitwirkungsrechte, um nachteilige Folgen für die Belegschaft abzufedern oder bestenfalls abzuwenden (z. B. über Sozialpläne, höhere Abfertigungen, Umschulungsmaßnahmen).

Mitspracherecht bei Personalangelegenheiten. Der Betriebsrat hat ein Mitspracherecht bei Personaleinstellungen,



Beförderungen oder Disziplinarmaßnahmen. Jede erfolgte Einstellung ist dem Betriebsrat unverzüglich mitzuteilen, auch von einer beabsichtigten Aufnahme von LeiharbeiterInnen ist der Betriebsrat zu informieren. Dies gilt auch bei Versetzung eines/einer Beschäftigten auf einen anderen Arbeitsplatz mit einer Verschlechterung der Entgelt- oder sonstigen Arbeitsbedingungen.



Einschreiten bei Kündigungen.

Der Betriebsinhaber muss den Betriebsrat vor jeder Kündigung eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin verständigen. Der Betriebsrat kann dann innerhalb einer Woche dazu Stellung nehmen. Die Kündigung selbst kann bei Gericht aus mehreren Gründen angefochten werden, so z. B. wenn sie wegen des Beitritts oder der Mitgliedschaft zur Gewerkschaft erfolgt ist (Motivkündigung) oder wenn ein Arbeitnehmer bzw. eine Arbeitnehmerin berechnete Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis geltend gemacht hat. Außerdem kann die Kündigung angefochten werden, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist, d. h. wenn wesentliche Interessen des Beschäftigten beeinträchtigt werden. Bei einer Entlassung muss der Betriebsrat zuvor verständigt werden und es ist mit ihm innerhalb von drei Tagen darüber zu beraten.

Betriebliche Ausbildung und Schulung. Bei geplanten Maßnahmen der betrieblichen Berufsausbildung, Schulung oder Umschulung muss der Betriebsrat vom Betriebsinhaber zum ehestmöglichen Zeitpunkt informiert werden. Zudem kann der Betriebsrat selbst Vorschläge in diesen Angelegenheiten machen und hat das Recht, an der Planung und Durchführung dieser Aktivitäten mitzuwirken.

Frauenförderung. Der Betriebsinhaber hat mit dem Betriebsrat über Maßnahmen der betrieblichen Frauenförderung bzw. der Vereinbarkeit von Betreuungspflichten und Be-

ruf zu beraten. Dies betrifft vor allem die Einstellungspraxis und den Zugang zu beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Betriebsvereinbarung. Vorschriften, die das Verhalten im Betrieb betreffen, etwa die generelle Festlegung täglicher Arbeitspausen, werden in Betriebsvereinbarungen geregelt. Bei einigen Maßnahmen benötigt der Betriebsinhaber die Zustimmung des Betriebsrates: etwa bei der Einführung einer betrieblichen Disziplinarordnung, der Einführung von detaillierten Personalfragebögen (die über die allgemeinen Angaben zur Person und fachliche Voraussetzungen hinausgehen), der Einführung von Kontrollmaßnahmen und technischen Systemen zur Kontrolle der ArbeitnehmerInnen (wie z. B. Videokameras) oder der Einführung und Regelung von Leistungslöhnen.

Zahl der Mitglieder des Betriebsrates

Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Betriebsratsmitglieder
5–9 ArbeitnehmerInnen	1 BR-Mitglied
10–19 ArbeitnehmerInnen	2 BR-Mitglieder
20–50 ArbeitnehmerInnen	3 BR-Mitglieder
51–100 ArbeitnehmerInnen	4 BR-Mitglieder
101–200 ArbeitnehmerInnen	5 BR-Mitglieder
201–300 ArbeitnehmerInnen	6 BR-Mitglieder
301–400 ArbeitnehmerInnen	7 BR-Mitglieder
401–500 ArbeitnehmerInnen	8 BR-Mitglieder
501–600 ArbeitnehmerInnen	9 BR-Mitglieder
601–700 ArbeitnehmerInnen	10 BR-Mitglieder
701–800 ArbeitnehmerInnen	11 BR-Mitglieder
801–900 ArbeitnehmerInnen	12 BR-Mitglieder
901–1000 ArbeitnehmerInnen	13 BR-Mitglieder

In Betrieben mit mehr als tausend ArbeitnehmerInnen erhöht sich die Anzahl der Mitglieder des Betriebsrates für je weitere vierhundert Arbeitnehmer um ein Mitglied.



Samila Kocagöz

Betriebsrätin bei Manner
Niederösterreich

Die Redaktion dankt den drei BetriebsrätInnen Bettina Herr, Samila Kocagöz und Wolfgang Hinteregger herzlich für die Teilnahme am Fotoshooting.



Reportage: Drei BetriebsrätInnen in einer Familie

„Mach das! Es kann dir nichts passieren!“

Gerhard, Christoph und Ingrid sind BetriebsrätInnen beim oberösterreichischen Kunst- und Schaumstoffhersteller Greiner. Das Besondere daran? Sie kommen alle aus der gleichen Familie. „Glück auf!“ hat die „Betriebsratsfamilie“ aus Kremsmünster getroffen.

Im Betriebsratsbüro der Firma Greiner sitzen Vater, Mutter und Sohn beieinander. Alle drei heißen Neumair, alle drei arbeiten im Greiner Konzern, alle drei sind Betriebsräte. Der Vater, Gerhard, ist schon seit 18 Jahren hier Betriebsrat. Seine Frau Ingrid hat er vor einigen Jahren dazu bewegt, ebenfalls Betriebsrätin zu werden: „Weil wir die Konflikte immer daheim ausgetra-

gen haben, hab ich gesagt: Was ärgert dich? Lass dich aufstellen für den Betriebsrat!“ Für Christoph, den Sohn der beiden, war der Weg zum Betriebsrat schon vorgezeichnet. In der Hauptschule war er Klassen-sprecher, in der Berufsschule Schulsprecher. Jedenfalls sei er immer der gewesen, der sich vor die Leute gestellt hat und gesagt hat: „Lasst euch nicht am Schädel schießen!“ Christoph habe den Mund oft ein bisschen zu weit aufgemacht, sagt sein Vater Gerhard. „Du musst aufpassen, sonst bist der Erste, der geht. Aber wenn du Betriebsrat bist, dann hast du das Recht zu kämpfen“, hat Gerhard seinem Sohn geraten, als dieser bei Greiner angefangen hat.

„**Ich will keinen Betriebsrat**“. Das ist jetzt 13 Jahre her. Seit acht Jahren ist Christoph nun Betriebsrat. Die Vorarbeit dafür hat sein Vater Gerhard geleistet. „Ich kann mich erinnern, wie der Geschäftsführer

vor 18 Jahren zu mir gesagt hat: Ich will keinen freigestellten Betriebsrat, ich brauch das nicht“, erzählt Gerhard. Vom Gegenwind aus der Geschäftsführung ließ er sich nicht abbringen: „Ich bin einfach der Mensch, der Ungerechtigkeit aufzeigt.“ Seinen Plan, einen Betriebsrat zu gründen, hat er mit Kolleginnen und Kollegen im Wirtshaus besprochen, „weil hier im Betrieb hat sich keiner getraut“. Als er ihnen erklärte, dass man als Betriebsrat unentgeltlich arbeitet und „oft nicht einmal ein Dankeschön für seine Arbeit bekommt“, haben einige Kolleginnen und Kollegen abgefragt. Kurze Zeit später wurde der Betriebsrat dennoch eingerichtet:

„Das war 1995. Ich war Stellvertreter der Vorsitzenden.“ In dieser Zeit sicherte sich Gerhard die Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen und schon bei der darauffolgenden Betriebsratswahl wurde er zum Vorsitzenden gewählt.

Mit Druck zur Freistellung. Der Konzern wuchs immer weiter. Weil das Arbeitsrecht vorsieht, dass es ab 150 Beschäftigten in einem Betrieb einen freigestellten Betriebsrat geben muss, forderte Gerhard vom Betriebsleiter, freigestellt zu werden: „Ich habe beinah gesagt: Ab morgen bin ich freigestellt. Daraufhin hat er gesagt: Das will er nicht. Und ich wiederholte: Ab morgen bin ich freigestellt, das ist Gesetz und fertig.“ Drei Monate lang haben Gerhard und sein damaliger Geschäftsführer fast kein Wort miteinander geredet. Dann läutete das Telefon und der Geschäftsführer bat Gerhard in sein Büro. „Passt, Sie sind freigestellt“, sagte er. „Wie hast du das durchgebracht?“, fragten Gerhards Kolleginnen und Kollegen. „Mit Druck“, antwortete dieser. „Aber ohne die Unterstützung aus der Gewerkschaft hätte ich den Schritt nicht gewagt“, ergänzte er.

Unterstützung durch die Gewerkschaft. Gerhard ist seit 1975 Gewerkschaftsmitglied. Gemeinsam mit Ingrid hat er die Gewerkschaftsschule in Kirchdorf besucht. Bei der Betriebsratsarbeit hat ihn der zuständige Sekretär Peter Schissler, heute Bundessekretär der PRO-GE, immer wieder entscheidend unterstützt: „Der Peter hat dafür gesorgt, dass wir überhaupt einen Konzernbetriebsrat bei Greiner auf die Füße gestellt haben.“ Er habe das

richtig gemacht, habe Druck dahinter gesetzt, aber niemanden zu irgendwas gezwungen. Und bei Gerhards Freistellung habe er damals gesagt: „Mach das! Es kann dir nichts passieren.“ „Ohne ihn hätte ich es wahrscheinlich nicht gemacht“, erinnert sich Gerhard.

„Viele Leute wären gar nicht mehr da“.

Und was konnte der Betriebsrat bisher erreichen? „Eine ganze Mappe voll“, sagt Gerhard, „Sozialleistungen, Betriebsvereinbarung, Kindergeld, kostenlose isotonische Getränke, den Obstkorb und so weiter. Ich bin der Meinung, wir haben heute ein gutes Betriebsratsteam, auf das man stolz sein kann.“ „Es gibt übrigens auch ein Sportangebot für Lehrlinge“, ergänzt Ingrid.

„Viele Leute wären gar nicht mehr da, wenn sie das alles nicht hätten. Viele kommen aus Linz oder Steyr, einer fährt sogar um drei in der Früh von Amstetten los, damit er um fünf anfangen kann. Wenn man den Leuten die Sozialleistungen und die Extrazahlungen wegnehmen würde, warum sollten sie dann so einen langen Weg zur Arbeit auf sich nehmen?“, wirft Christoph ein.

Erfahrungsaustausch in der Familie. Auch am Wochenende können die drei Betriebsrä-

tInnen ihre Arbeit nicht gänzlich ruhen lassen. Vieles werde daheim besprochen, zum Teil werde hart diskutiert, sagt Ingrid. „Wir haben einen Fischteich. Wenn wir da oft am Wochenende mit der Familie zusammenkommen, wird – leider – sehr oft über die Arbeit geredet“, erzählt Christoph, „da werden, so gut es geht, Tipps und Ratschläge ausgetauscht, meistens ist das Konfliktbearbeitung.“ Für Gerhard ist es wichtig, über die Erfahrungen in der Arbeit zu reden, vor allem über unangenehme: „Das muss raus. Ich habe einen relativ breiten Buckel und kann gewisse Sachen leicht wegstecken, aber ab und zu habe auch ich einen Tag, wo ich über einen bestimmten Punkt reden muss – sonst zerreißt’s mich!“

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Sich zu wehren hat Gerhard übrigens schon von seinem Vater mitbekommen: „Einmal hat jemand meinen Vater einen depperten Arbeiter geschimpft. Du kannst dir nicht vorstellen, was der dann mit dem gemacht hat. Den hat er auseinandergenommen. Er hat ihn nicht geschlagen oder so etwas, er hat ihn mit Worten so stad gemacht, dass er nur noch dagestanden ist und nicht mehr gewusst hat, wo vorne und hinten ist. Da hat er gesehen, wozu so ein deppertter Arbeiter imstande ist.“ Der Apfel fällt eben nicht weit vom Stamm.

V. l. n. r.: Gerhard, Ingrid und Christoph Neumair





Herbstlohnrunde

Es geht ums Geld!

Die Herbstlohnrunde ist voll im Gange. Die Kollektivvertragsverhandlungen in den großen Bereichen Metallindustrie und Metallgewerbe werden hart. Die PRO-GE fordert ordentliche Lohnerhöhungen für die Beschäftigten.

steigt der private Konsum nur dürftig. Das Plus kommt laut WirtschaftsexpertInnen nur zustande, weil die Menschen auf ihr Ersparnis zurückgreifen. Damit der Aufschwung mehr Kraft bekommt, muss also die Nachfrage angekurbelt und die Kaufkraft gestärkt werden. Und dies geht am besten mit Lohnerhöhungen.

Die traditionelle Lohnrunde im Herbst läuft auf Hochtouren. Manche Bereiche wie etwa die Zuckerindustrie, Bäckereien oder Mühlengewerbe haben bereits abgeschlossen. Für den Metallbereich ist der Oktober der Verhandlungsmonat. Mit November bzw. Dezember starten dann die Kollektivvertragsverhandlungen für die Leiharbeitsbranche sowie viele Lohnrunden für die Sektoren aus dem Agrar- und Lebensmittelbereich.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind heuer aber nicht einfach. Das Wirtschaftswachstum ist noch zu verhalten. Die Preissteigerungen in Österreich sind aber im Vergleich zu anderen EU-Ländern am höchsten. Vor allem die steigenden Mieten und die erhöhten Kosten für den täglichen Einkauf belasten die Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig

Konflikt in der Metallindustrie. Die sechs Fachverbände der Metallindustrie werden auch heuer wieder getrennt verhandeln. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe zeichnete sich erneut ein Konflikt mit dem großen Verband Maschinen- und Metallwarenindustrie ab. Zwar wurde das Streitthema Arbeitszeit schon vor Beginn der Lohnrunde ausgeklammert, allerdings geht die Bereitschaft der Arbeitgeber, die Löhne zu erhöhen, gegen null. Bemerkenswert dabei ist, dass sich Ausschüttungen und Dividenden an Muttergesellschaften und Aktionäre in der Metallindustrie wieder erhöht haben. Ebenso sind laut einer Studie die Managergehälter 2014 um 3,3 Prozent gestiegen. Eine Erhöhung der Löhne (Stand: 7. Oktober) fällt der Arbeitgeberseite dennoch sichtlich schwer.

Den KV-Verhandlungsteams der PRO-GE steht im Oktober also eine schwierige und harte Gesprächsrunde mit den sechs Fach-

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Juli:

Bekleidungsindustrie und Industrielle Wäschereien: KV-Löhne +2,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.174,30 Euro; Ist-Löhne/Gehälter +2,1 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,1 Prozent; Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,1 Prozent; Urlaubszuschuss 2014 auf der Basis der neuen Werte; Angleichung der Lohnfortzahlung im Todesfall an die Angestellten-Regelung, Ausdehnung der Höchstdauer der Entgeltweiterzahlung bei Arztstunden auf 40 Stunden je Arbeitsjahr (Bekleidungsindustrie), Verlängerung Feiertagsarbeit bis 30. Juni 2016 (Wäschereien).

Fleischergewerbe und Fleischindustrie: KV-Löhne +2,09 Prozent, neuer Mindestlohn 1.150,95 Euro (Fleischergewerbe Wien) bzw. 1.362,58 Euro (Fleischwarenindustrie); günstigere betriebliche Regelungen und

vertragliche Überzahlung bleiben aufrecht; Lehrlingsentschädigungen +2,09 Prozent (plus Aufrundung auf den nächsten vollen Euro), Dienstalterszulagen und Zehrgelder +2,09 Prozent.

Ledererzeugende Industrie: KV-Löhne +2,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.212,40 Euro; Aufrechterhaltung der bestehenden Überzahlung; Lehrlingsentschädigungen +2,0 Prozent.

Ab 1. August:

Gewerbliche Mischfuttererzeugung: KV-Löhne +2,08 Prozent, neuer Mindestlohn 1.385,45 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,08 Prozent, 10-prozentige Erhöhung bei der Übernahme der Internatskosten; günstigere betriebliche Regelungen bleiben aufrecht



verbänden der Metallindustrie bevor. „Die finanzielle Belastung brennt den Beschäftigten unter den Nägeln. Wir kämpfen für einen ordentlichen Reallohnzuwachs. Das steht an erster Stelle“, fasst PRO-GE Chef Rainer Wimmer das Verhandlungsziel zusammen.

Freizeit statt Geld. In der Metallindustrie und auch im Metallgewerbe

ist neben den Forderungen zum Entgelt auch die Ermöglichung einer Freizeitoption im Forderungskatalog der Gewerkschaften festgehalten. Dies bedeutet in Kurzform: Auf freiwilliger Basis können sich ArbeitnehmerInnen entscheiden, die Ist-Lohn-Erhöhung in mehr Freizeit umzuwandeln. Diese Option wurde bereits in der Elektroindustrie (2013 und 2014) sowie in der Stahlindustrie (2013) erfolgreich umgesetzt und ist dort auf ein relativ reges

Interesse gestoßen, da es vielfältige Verwendungsmöglichkeiten gibt. Die zusätzliche Freizeit – bei der bereits bestehenden Option sind es etwa eineinhalb Wochen mehr Urlaub – kann stundenweise, ganztätig oder auch ganzwöchig verbraucht werden. Auch gesamtwirtschaftlich hat die Freizeitoption positive Effekte. Vor allem für die Sicherung von Beschäftigung.

Mühlengewerbe: KV-Löhne +2,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.203,50 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,1 Prozent; deutliche Evaluierung aller Zulagen laut Lohnvertrag inklusive der Dienstalterszulagen in allen Kategorien auf Basis des Lohnabschlusses; Begünstigungsklausel laut vereinbartem Lohnvertrag.

Ab 1. September:

Futtermittelindustrie: KV-Löhne +2,06 Prozent, neuer Mindestlohn 1.412,75 Euro; bestehende Überzahlungen bleiben in euromäßigem Ausmaß aufrecht; überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen bis zu 3,7 Prozent, Erhöhung der Reisekostenentschädigungen und Zehrgelder.

Zuckerindustrie: KV-Löhne +2,09 Prozent, neuer Mindestlohn 1.557,60 Euro; Lehrlingsentschädigungen +2,09 Prozent, Zulagen und Dienstalterszulage +2,09 Prozent, Erhöhung Zulage 3 von 120,00 auf 130,00 Euro; Gleichstellung von befristeten und unbefristeten MitarbeiterInnen bei Zulagen.

Ab 1. Oktober:

Bäckergewerbe: KV-Löhne +2,05 Prozent, neuer Mindestlohn 1.285,46 Euro; Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen +2,05 Prozent; alle weiteren Beträge und Zulagen laut Lohnvertrag +2,05 Prozent.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnruenden.at

Firmenreportage Woody

Holzschuhe aus Österreich

Beim Begriff Holzschuhe entsteht sofort das Bild von klobigen, traditionellen Schlapfen in lustigen Formen aus dem Flachland der Käseerzeuger. Doch auch in Österreich gibt es das Handwerk der Schuherzeugung aus Holz. Und die Produkte, die in Südkärnten erzeugt werden, entsprechen so gar nicht den Vorstellungen von niederländischen Clogs aus Holz.

Bei Woody werden bereits in dritter Generation Schuhe aus dem Rohmaterial Holz erzeugt. Das Besondere ist die eigenentwickelte biegsame Sohle, die besonders wärmeresistent sein soll. Bei jedem Bearbeitungsschritt müssen die Sohlen von den Beschäftigten in die Hand genommen werden. 38 MitarbeiterInnen sorgen für einen reibungslosen Ablauf, von der Erstbearbeitung bis zur Auslieferung im Lager. Bei diesem Prozess wird der Rohstoff Holz zugeschnitten, gefräst, geraspelt, poliert und sonstigen Bearbeitungsverfahren unterworfen, bis eben am Ende die Oberteile montiert werden können. Am Schluss stehen moderne Schuhe mit der etwas anderen Sohle.

In einer familiär geführten Firma sind die sozialen Kontakte naturgemäß enger. Man kennt einfach die privaten Hintergründe der Beschäftigten und kann anders auf Problemstellungen eingehen. Die ArbeiterInnen-Betriebsratsvorsitzende Silvia Olipp zur Lage der Beschäftigten: „Die steuerliche Entlastung der Kleinverdiener wäre für unsere Beschäftigten wichtig. Im Branchenvergleich liegen wir kollektivvertraglich leider eher im unteren Bereich.“





SOZAK-AbsolventInnen der PRO-GE

Die Sozialakademie bietet im Bildungsangebot von Gewerkschaften, ÖGB und Arbeiterkammern die umfassendste Ausbildung für ArbeitnehmervertreterInnen. Der einjährige Lehrgang dient zur Ausbildung von Führungskräften der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen.

Bildungssekretär Reinhard Altenhof (ganz links im Bild) gratuliert Benno Moser (Liebherr), Michaela Schön (Pollmann Austria), Christian Szalay (Wien Energie), Hermann Schaurhofer (Logistik Service), David Reiff (Jungbunzlauer Austria), Markus Kern (BMW Motoren), Jürgen Michlmayr (voestalpine Stahl) und Wolfgang Cerne (Sappi Austria) zum erfolgreichen Abschluss der Sozialakademie 2014 (v. l. n. r.).



PRO-GE Urlaubshaus erhält AMA-Gastrosiegel



Das PRO-GE Urlaubshaus in Bad Hofgastein wird mit dem AMA-Gastrosiegel ausgezeichnet. Mit dem Siegel bekennen sich Gastgeber zu Gerichten aus der Region, hergestellt aus hochwertigen, heimischen Produkten. Außerdem garantiert das Gastrosiegel, dass keine Lebensmittelimitate verwendet und ausschließlich gentechnikfreie Lebensmittel verarbeitet werden.

„Indem wir die Produkte bei unseren Bäckern, Metzgern und Gemüsehändlern beziehen, stärken wir die österreichische und speziell die regionale Wirtschaft und bieten unseren Gästen gleichzeitig hochwertige Produkte, bei denen klar ist, wo sie herkommen“, sagt der Geschäftsführer des Urlaubshauses, Heinz Gasperini. Und auch die Nachhaltigkeit ist gesichert – denn ob das PRO-GE Urlaubshaus die Kriterien für das Gastrosiegel erfüllt, überprüft die AMA jedes Jahr aufs Neue.

BUCHTIPP

SCHWARZBUCH MARKENFIRMEN DIE WELT IM GRIFF DER KONZERNE

Große Konzerne verfolgen vor allem ein Ziel: maximalen Profit. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, ethische Grundsätze und Umweltschutz fallen diesem Ziel oft zum Opfer. Daran hat sich seit 2001, als die erste Ausgabe des „Schwarzbuchs Markenfirmen“ erschien, wenig geändert.

Die Autoren nehmen nicht nur neue Global Player (Facebook, Google, Apple) unter die Lupe, sondern auch Banken und altbekannte Klassiker (etwa Coca-Cola). Auch der Macht, die jede und jeder Einzelne von uns hat, widmen sich die Autoren, denn die Möglichkeiten, wie wir uns einbringen können, haben sich in den vergangenen Jahren ebenso verändert.

Klaus Werner-Lobo/Hans Weiss: *Schwarzbuch Markenfirmen*
ÖGB Verlag, 2014, 336 Seiten, 20,50 Euro, ISBN 978-3-552-06259-7

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

SPIELEFEST 2014

Auf die Plätze, fertig, spielen! Das Spielefest feiert Jubiläum



Das 30. Spielefest geht von 14. bis 16. November 2014 im Austria Center Vienna über die Bühne. Dann darf gewürfelt, gespielt und taktiert werden, bis die Finger glühen. Hunderte aktuelle Spiele-Neuheiten, Spiele-Hits sowie zahlreiche bekannte Klassiker warten in Europas größter Spielothek darauf, ausgeborgt und auf über 1.500 Tischen getestet zu werden. Dazu gibt es ein tolles Rahmenprogramm und viele prominente Gäste.

Eintrittspreise:

€ 10,- Normalpreiskarte
€ 8,- ermäßigter Eintritt (Jugendliche von 10 bis 18, Studenten bis 27, Pensionisten ab 60, Behinderte, Zivildienstler, Soldaten)
€ 5,- Kinder von 6 bis 9
frei: Kinder im Vorschulalter
Schulklassen, Kindergärten, Horte in Begleitung der Aufsichtsperson haben am 8. November freien Eintritt.

Wo: Austria Center Vienna
1220 Wien, Bruno-Kreisky-Platz 1

www.spielefest.at

GEWINNE 3 X 2 KARTEN

Schicke ein E-Mail mit dem Kennwort „Spielefest“ an glueckauf@proge.at oder eine Postkarte an: PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Einsendeschluss ist der 5. November 2014

PRO-GE Mitglieder helfen Menschen in Not

Gelebte Solidarität

Für GewerkschafterInnen ist Solidarität mehr als nur ein Schlagwort: drei Geschichten von PRO-GE Mitgliedern, die Menschen in verschiedenen Teilen der Welt durch schwierige Zeiten helfen.

Anfang November 2013 wütete einer der schlimmsten Taifune über den Philippinen, seit verlässliche Wetterdaten aufgezeichnet werden. Über vier Millionen Menschen wurden nach Angaben der philippinischen Behörden durch den tropischen Wirbelsturm obdachlos. Walter Weber kennt Land und Leute. Der ehemalige Sekretär der PRO-GE Vorgängergewerkschaft Metall-Textil ist mit einer Philippinin verheiratet und verbrachte seit seiner Pension viel Zeit in der Region, die vom Taifun schwer getroffen wurde.



Philippinen: Hilfe für Taifun-Opfer

Um den Taifunopfern zu helfen, startete Weber eine Spendenaktion. Die Delegierten des PRO-GE Gewerkschaftstages Ende November beteiligten sich mit insgesamt rund 5.000 Euro. Durch sein persönliches Engagement stellte Weber sicher, dass die Spenden zu 100 Prozent ihren Zweck erfüllen. In der „Siedlung Austria“ finden nun Menschen, die sonst keine Hilfe erhalten haben, ein neues Zuhause.

Eine Lkw-Ladung für Bosnien. Durch schwere Überschwemmungen standen Mitte Mai 2014 viele Menschen in Bos-

nien, Kroatien und Serbien vor dem Nichts. „In Gesprächen mit Verwandten und Freunden wurde mir die Situation hautnah geschildert“, erzählt Krunoslav Zuparic, Jugendsekretär der PRO-GE Salzburg. Es fehlte an Wasser und Lebensmitteln, aber auch an Kleidung. Gemeinsam mit dem Salzburger ÖGJ-Vorsitzenden Marco Kern und ÖGJ-Sekretär Samed Aksu beschloss Zuparic, den ÖGJ-Kleinbus mit den notwendigsten Gütern vollzuladen und ins bosnische Orašje zu fahren.



Bosnien: Hilfslieferung nach Überschwemmungskatastrophe

Über die BetriebsrätInnen baten die drei Jugendgewerkschafter bei Firmen wie C+C Pfeiffer, EZA, SPAR oder Fahnen-Gärtner um Unterstützung. Die Hilfsbereitschaft war im wahrsten Sinne überwältigend, denn schnell wurde klar, dass der Kleinbus bei Weitem zu klein war. Abhilfe schaffte das Transportunternehmen Ebner aus Thalgau, das einen Lkw plus zwei Fahrer, Kraftstoff und alle Mautgebühren unentgeltlich zur Verfügung stellte. Nur eine Woche nach Start der Aktion fuhren daher ein Kleinbus und ein 40-Tonner

mit Wasser, Nahrungsmitteln, Kleidung und Werkzeug nach Bosnien.

Die etwas andere Griechenlandhilfe. Für sein Auslandspraktikum im Rahmen der Ausbildung an der Sozialakademie der AK entschied sich Jürgen Michlmayr, ehemaliger PRO-GE Bundesjugendvorsitzender, gemeinsam mit seinem SOZAK-Kommilitonen Markus Simböck für Thessaloniki in Griechenland. Dort befindet sich auch die „Klinik der Solidarität“. Die Ambulanz hilft auf ehrenamtlicher Basis in Räumlichkeiten des Gewerkschaftsverbandes GSEE Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Ein Drittel der griechischen Bevölkerung ist nicht mehr krankenversichert.



Griechenland: „Klinik der Solidarität“ betreut Menschen ohne Krankenversicherung

Daher griffen auch Michlmayr und Simböck auf ihre Kontakte zu BetriebsrätInnen von Firmen wie der W&H Gruppe, Semperit, Donauchem, Interspar oder Henry Schein zurück. Dank ihnen, der AUVA, der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse sowie einigen Einzelpersonen konnten die beiden dringend Benötigtes von Babybrei und Untersuchungshandschuhen bis zu zahnmedizinischem Equipment und Ultraschallgeräten in einem Kleinlaster nach Thessaloniki bringen.

Projekt „Klinik der Solidarität“ unterstützen

Alle gesammelten Spenden (abzüglich Bankspesen) gehen zu 100 Prozent direkt an die „Klinik der Solidarität“.

Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten

IBAN: AT091400046610093809, BIC: BAWAATWW (BAWAG P.S.K.)

Das ÖGB/AK-Steuermodell

Lohnsteuer senken, Kaufkraft stärken, Arbeitsplätze schaffen.



Das vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer erarbeitete und am 16. September präsentierte Steuermodell soll besonders für ArbeitnehmerInnen eine spürbare Entlastung bringen. Die Lohnsteuer soll gesenkt und wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression ergriffen werden. Auch Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte sowie PensionistInnen sollen entlastet werden. Nicht zuletzt ist der Kern des Modells, die Lohnsteuersenkung, auch wirtschaftlich sinnvoll: Den Menschen bleibt mehr Geld im Börsel, der Konsum steigt, stützt die Konjunktur und schafft Arbeitsplätze.

Entlastungsmaßnahmen im Überblick:

- Der Eingangssteuersatz soll von 36,5 auf 25 Prozent abgesenkt werden.
- Der Höchststeuersatz soll unangetastet bleiben.
- Erhöhung der Grenze für den Spitzensteuersatz auf 80.000 Euro (bisher 60.000 Euro).
- Die Zahl der Steuerstufen soll von drei auf sechs erhöht werden.
- Der Arbeitnehmerabsetzbetrag und Verkehrsabsetzbetrag sollen auf insgesamt 450 Euro angehoben werden.
- Die Negativsteuer soll auf 450 Euro erhöht werden, damit auch ArbeitnehmerInnen mit sehr niedrigen Einkommen entlastet werden.
- PensionistInnen sollen erstmals eine Negativsteuer von 110 Euro erhalten.
- Steuerbegünstigungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie für Aufwandsentschädigungen, Zulagen, Zuschläge etc. müssen unverändert bleiben.
- Die Solidarabgabe für BezieherInnen sehr hoher Einkommen soll wie bisher erhalten bleiben.
- Es sollen wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression gesetzt werden.

Steuersätze im ÖGB/AK-Modell

Der derzeitige Steuertarif sieht drei verschiedene Steuersätze vor: Für Einkommen zwischen 11.000 und 25.000 Euro liegt der Grenzsteuersatz bei 36,5 Prozent, für Einkommen zwischen 25.000 und 60.000 Euro bei 43,2 Prozent und für Einkommen über 60.000 Euro bei 50,0 Prozent.

Das ÖGB/AK-Modell sieht insgesamt sechs Steuerstufen vor:

Einkommen in Euro	Grenzsteuersatz
11.000 bis 20.000	25 Prozent
20.000 bis 30.000	34 Prozent
30.000 bis 45.000	38 Prozent
45.000 bis 60.000	43 Prozent
60.000 bis 80.000	47 Prozent
Ab 80.000	50 Prozent

Individuelle Vorteile

Insgesamt würde das ÖGB/AK-Steuermodell eine Lohnsteuerentlastung in Höhe von 5,9 Milliarden Euro bringen. Was das für den Einzelnen oder die Einzelne bedeutet, geht aus folgenden Beispielen hervor:

- Wer 1.000 Euro im Monat brutto verdient, bekommt statt der bisherigen Negativsteuer (110 Euro im Jahr) 450 Euro Steuergutschrift, und zwar automatisch aufs Konto überwiesen.
- Jemand, der 1.500 Euro brutto verdient, zahlt nur noch die Hälfte der bisherigen Lohnsteuer, genauer: um 47,21 Prozent weniger bzw. 597,72 Euro im Jahr statt wie bisher 1.132,29 Euro.
- Wer 2.200 Euro brutto im Monat verdient, erspart sich etwa ein Drittel der bisherigen Lohnsteuer.
- Wer 2.600 Euro brutto im Monat verdient, zahlt um ein Viertel weniger Lohnsteuer als bisher; Entlastung im Jahr: 1.299,11 Euro.

Selbstfinanzierungswirkung

Auf Basis der Ergebnisse der WIFO-Berechnungen (Weißbuchstudie) gehen ÖGB und AK davon aus, dass bei einer Lohnsteuersenkung um eine Milliarde Euro rund 55 Prozent des zusätzlich verfügbaren Einkommens in den Konsum fließen würden – das entspricht einer Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte um

550 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Konsumausgaben sind mit einem Anstieg des Einkommens an Umsatzsteuer von 80 Millionen Euro verbunden. Dazu kommt das Einkommen anderer Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern von 20 Millionen Euro. Zudem erhöht sich aufgrund des Anstiegs der Beschäftigung und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit das Einkommen an Lohnsteuer und SV-Beiträgen – laut ÖGB und AK – um geschätzte 50 Millionen Euro. In Summe wird eine Selbstfinanzierungswirkung von 15 Prozent angenommen – bei einem Entlastungsvolumen von rund sechs Milliarden Euro fließen also 900 Millionen direkt an das Finanzministerium zurück.

Gegenfinanzierung

Wie gezeigt, finanziert sich ein Teil des Entlastungsvolumens durch höheres Steueraufkommen infolge der Ankurbelung von Kaufkraft, Konsum und Wachstum. Für den Rest des Entlastungsvolumens muss es eine Gegenfinanzierung geben, denn nur damit kann sichergestellt werden, dass das Erreichen der Budgetziele ohne Sozialabbau mög-

lich ist. Ergänzend zu den Einnahmen von einer Milliarde Euro aus der Eigenfinanzierung schlagen ÖGB und AK vor, die Gegenfinanzierung in folgenden Bereichen vorzunehmen:

- Eine Milliarde Euro mit wirksamen Maßnahmen gegen Steuerbetrug.
- Zwei Milliarden Euro mit mehr Verteilungsgerechtigkeit: große Vermögen, Erbschaften, Schenkungen und Stiftungen etc. besteuern.
- Zwei Milliarden Euro durch Reformen: Ausnahmen im Steuersystem beseitigen, Effizienzsteigerungen, Kompetenzbereinigungen, Beteiligung der Länder, Doppelförderungen vermeiden.

750.000 unterstützen Kampagne

Die Vorschläge von ÖGB und AK haben Gewicht: 750.000 Menschen haben die Kampagne „Lohnsteuer runter!“ bereits unterzeichnet. Deshalb wird wohl kaum ein Weg um das Steuermodell von Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer vorbeiführen.



Jetzt eigenen Vorteil ausrechnen!
www.lohnsteuer-runter.at



PRO-GE Frauen unterstützen Kampagne „GewaltFREI leben“

Telefonhotline gegen Gewalt

Gegen Gewalt in jeder Form aufzutreten und Betroffene zu schützen ist eine Verpflichtung jeder ArbeitnehmerInnenvertretung, denn alle Menschen müssen das Recht auf ein gewaltfreies Leben haben.

LINKTIPP:

Website der Kampagne „GewaltFrei leben“
www.gewaltfreileben.at

GewaltFREI leben“ ist eine österreichweite Kampagne zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und Kindern. Sie wird von der Europäischen Kommission finanziert und vom Bundesministerium für Bildung und Frauen mitfinanziert sowie koordiniert. Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) führt in Kooperation mit der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt und der Bundesjugendvertretung (BJV) die Kampagne durch.

Die g.f. Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE, Klaudia Frießen sagt, anlässlich der neuen Initiative, die von der PRO-GE Frauenabteilung als Partnerin unterstützt wird: „Ziel ist es, verstärkte Präventionsarbeit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu leisten und dadurch Gewalt an Frauen und Kindern zu verringern. Neben umfangreichem Informationsmaterial wird auch eine Wanderausstellung über diese Thematik informieren.“ Die Schau wird auch von den PRO-GE Frauen im Rahmen ihrer Arbeit eingesetzt werden.

Frauenhelpline. In den nächsten zwei Jahren sind zahlreiche Projekte geplant, die für das Thema Gewalt an Frauen und Kindern sensibilisieren und wertvolle Präventionsarbeit leisten sollen. Eine eigens dafür eingerichtete Frauenhelpline gegen Gewalt soll beworben werden. Betroffene können sich unter der Telefonnummer 0800 222 555 anonym, kostenlos und rund um die Uhr an die Frauenhelpline wenden.

Im Zentrum von „GewaltFREI leben“ steht die Zusammenarbeit mit weiteren Partnerinnen und Partnern in ganz Öster-

reich. Mit deren Unterstützung können Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen oder Vereine zahlreiche Aktivitäten umsetzen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Gewalt an Frauen und Kindern leisten.

Zusammenarbeit mit Polizei. Bereits in der Vergangenheit haben sich die PRO-GE Frauen gemeinsam mit der Präventionsstelle des Bundeskriminalamtes des Themas angenommen. Unter dem Motto „Gewalt gegen Frauen – das Gewaltschutzgesetz“ haben die PRO-GE Frauen eine österreichweite Infokampagne gestartet, um Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, über ihre Rechte aufzuklären und Kontakte für Hilfe anzubieten. Die damals aufgelegte Broschüre sowie die Info zur Kampagne „GewaltFREI leben“ kann in der Frauenabteilung bestellt werden.

PRO-GE Bundesfrauenabteilung
Tel.: 01/534 44-69040
Fax: 01/534 44-103288
E-Mail: frauen@proge.at

Welche Gefahren lauern für ArbeitnehmerInnen?

Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Wenn Begriffe wie Deregulierung oder Abbau von Hemmnissen bei Verhandlungen durch den Raum schwirren, läuten üblicherweise bei Gewerkschaften die Alarmglocken. Und das aus gutem Grund. Die aktuellen Entwicklungen zu den Verhandlungen bei TTIP und CETA zeigen, dass der Abbau von „Handelshemmnissen“ aus Sicht der ArbeitnehmerInnen nicht ungefährlich ist.

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Das zweite Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Kanada ist das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA). Beide Verhandlungen liefen bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente ab.

Ziel großer Unternehmen bei den Verhandlungen ist der Abbau von „Handelshemmnissen“. Unter dem Deckmantel des unregulierten Handels werden dadurch fälschlicherweise positive Wirtschaftswachstums- und Beschäftigungseffekte für alle versprochen. Verschwiegen wird dabei, dass regionale Regulierungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und für sozialstaatliche Absicherungen unverzichtbar sind.

Kernarbeitsnormen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist ein Teil der UNO und paritätisch von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierungen besetzt. Sie haben in vier Grundprinzipien die Rechte von ArbeitnehmerInnen definiert:

- die Vereinigungsfreiheit (Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft und -gründung) und das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen
- die Beseitigung der Zwangsarbeit
- die Abschaffung der Kinderarbeit
- das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit und zu dem Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen zur Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten haben weder die USA noch Kanada unterzeichnet. Arbeitgeber und Teile der Politik sind gewerkschaftsfeindlich eingestellt und verhindern u. a. mit gesetzlichen Hürden die Gründung von betrieblichen Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen – auch in ihren ausländischen Tochterfirmen.

Keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Freihandelsabkommen sind keine Lösung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in Europa. Vom versprochenen Jobwunder wird wenig übrig bleiben. Sozialdumping und die Zunahme von prekären Arbeitsplätzen sind die Folge.

Kein Klagerecht für Konzerne. Einer der umstrittensten Bestandteile der geplanten Freihandelsabkommen sind die Sonderklagerechte für Großkonzerne: Der sogenannte Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS), den die Abkommen enthalten sollen, sieht vor, dass Konzerne Staaten wegen bestimmter Gesetze vor private Schiedsgerichte zerrren können, wenn politische Entscheidungen Konzerninteressen bzw. -plänen widersprechen. Konzerne könnten damit also Staaten verklagen – außerhalb der nationalen und europäischen Rechtssysteme, vor internationalen Schiedsgerichten. ÖGB, Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund lehnen ISDS daher entschieden ab.

Ein Deregulierungsabkommen, welches nur Profite der transnationalen Unternehmen auf Kosten von Sozialstandards und Umweltvorschriften fördert, wird von ÖGB und Gewerkschaften klar abgelehnt. Daher sehen der ÖGB und die PRO-GE die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen weiterhin skeptisch.



Achtung Kamera



Mit der Präsentation des ÖGB/AK-Entlastungsmodells für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen am 18. September vor mehr als 5.000 BelegschaftsvertreterInnen startete die ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter!“ in die nächste Phase.

Metallverhandlungen im Medieninteresse. Die Gewerkschaft PRO-GE hat im September die Kollektivvertragsverhandlungen für das Metallgewerbe und die Metallindustrie mit der Übergabe des Forderungsprogramms eröffnet.



Jubilär-Ehrung bei voestalpine. Langjährige Gewerkschaftsmitglieder sind die Basis gewerkschaftlicher Erfolge. Besonders erfreulich ist deshalb, dass in Linz gleich drei Jubilaren zu ihrer 65-jährigen Mitgliedschaft gratuliert werden konnte: Franz Fellner, August Forstner und Josef Pleimer wurden für ihre Treue u. a. vom PRO-GE Vorsitzenden Rainer Wimmer geehrt.



Neuer Betriebsrat bei Fertinger: Andreas Mafei und sein engagiertes Team kümmern sich um die Belange der rund 130 ArbeiterInnen in Wolkersdorf und Neusiedl/Zaya. Eine neue Belegschaftsvertretung zu installieren ist keine leichte Aufgabe, aber mit der Unterstützung der PRO-GE wird das frischgebackene Betriebsratsteam die KollegInnen im Unternehmen bestens vertreten.



Die PRO-GE hilft den vom 2013 betroffenen Hochwasseropfern in OÖ. Gemeinsam mit den jeweiligen Betriebsräten überreichte PRO-GE Sekretär Werner Schmid die finanzielle Unterstützung. Mit den Geldern konnte ein Beitrag zur Wohnraumschaffung geleistet werden.



PRO-GE Jugend erreicht Kompetenzchecks im Beruf Chemielabortechnik

Meilenstein für Lehrlingsausbildung

Nach aufwendigen Verhandlungen kommen im Lehrberuf Chemielabortechnik Kompetenzchecks und Teilprüfungen. Sie bringen Qualitätskontrolle, Erleichterung für die Lehrlinge und sind der Startschuss in eine neue Ära der dualen Berufsausbildung.

LINKTIPP:

Weitere Informationen unter www.proge-jugend.at

Eine einzige Prüfung am Ende der Lehrzeit entscheidet über Erfolg oder Misserfolg der gesamten Ausbildung und somit auch über den weiteren beruflichen Lebenslauf. Diese Belastung am Ende der Lehrzeit wird so zum einzigen, alles entscheidenden Kriterium. Kein Wunder, dass die Versagensangst bei Lehrlingen groß ist, denn den Lernstoff gilt es erst einmal zu bewältigen und die eigene Zukunft hängt von einer einzigen Prüfung ab.

Zum Teufel mit der Prüfungshölle. Die PRO-GE macht schon seit Längerem mit der Kampagne „Zum Teufel mit der Prüfungshölle“ auf diesen Umstand aufmerksam und hat entsprechende Konzepte und Vorschläge vorgelegt. Mit einer besseren Verteilung der Prüfungen wäre der Druck auf die Lehrlinge vermeidbar. „Wir wollen die Qualität in der dualen Lehrausbildung steigern und

gleichzeitig die Durchfallquoten bei der Lehrabschlussprüfung senken“, so Sascha Ernzt, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE Jugend. „Teilprüfungen statt Prüfungshölle“ lautet daher die Forderung. Nun kann die PRO-GE Jugend auf einen ersten Erfolg in Sachen Teilprüfung verweisen.

Kompetenzcheck. Die duale Berufsausbildung ist einem ständigen Wandel und Modernisierungsschub unterworfen. Die Umstellung der Berufsbilder in ein modulares System verlangt auch eine Anpassung der Lehrabschlussprüfungen. Im Lehrberuf Chemielabortechnik wird in Zukunft die „große“ Lehrabschlussprüfung auf zwei Prüfungen aufgeteilt, vorerst einmal als Pilotprojekt. Die erste Prüfung wird nach dem Grundmodul, dem sogenannten Kompetenzcheck, erfolgen. Die weitere und abschließende Prüfung erfolgt nach dem Hauptmodul. Wichtig ist dabei die Anrechenbarkeit des Kompetenzchecks für die Lehrabschlussprüfung.

Die neue Regelung bietet zwei Vorteile. Zum einen ergibt sich damit eine laufende Kontrolle der betrieblichen Ausbildung. Defizite bei der Ausbildung werden bei der Teilprüfung sichtbar. Zum anderen kann durch die Aufteilung der Druck bei der Lehrabschlussprüfung gemindert werden. „Wir sehen darin einen zukunftsweisenden ersten Schritt für eine moderne Berufsausbildung. Die Einführung der Kompetenzchecks und Teilprüfungen im Lehrberuf Chemielabortechnik darf aber nicht nur ein Pilotversuch bleiben. Wir werden für weitere Regelungen dieser Art eintreten“, so Sascha Ernzt über den Erfolg der PRO-GE Jugend.

Hotel Bad Hofgastein

Schnupperweekend

2 Nächte Halbpension ab € 128,00

Leistungen

- Reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- Freie Benützung von Sauna & Dampfbad im Haus
- Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at, www.proge-urlaub.at

Reservierung & Information: Telefon (01) 53 444-69707 DW

Termine von Freitag bis Sonntag:

17. Oktober	bis	19. Oktober
24. Oktober	bis	26. Oktober
31. Oktober	bis	2. November
7. November	bis	9. November
14. November	bis	16. November
21. November	bis	23. November
28. November	bis	30. November



<http://www.proge-urlaub.at>

SOMMER 2015 - HAUPTSAISON in Kärnten am Wörthersee (4. Juli bis 5. September 2015)

Die Anmeldezeit für unsere Urlaubshäuser in Krumpendorf und Velden ist wieder in den ersten beiden Dezemberwochen 2014 in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH möglich. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit **schulpflichtigen Kindern vorrangig berücksichtigt**. Zusagen ergehen schriftlich bis Ende Jänner 2015. Buchungen für die Vor- und Nachsaison 2015 sind jederzeit möglich.

www.proge-urlaub.at

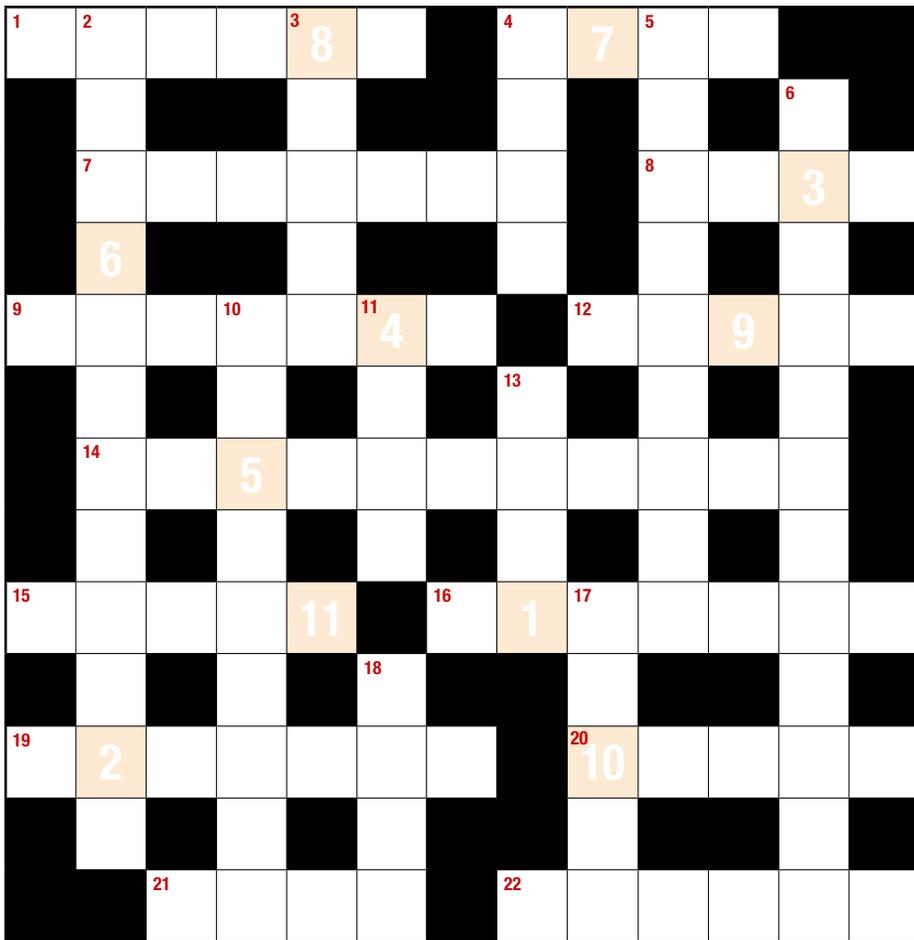
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

ein Spiel des Jahres „Camel Up“

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine vertretbare Lösung.



Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: PROGRESSION**

Die Gewinner der Ausgabe 3/2014 GLÜCK AUF!

Erich DIRNGRABNER, 4564 Klaus/OÖ

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 14. Nov. 2014 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Wo Pracht und Prunk daheim sind: ein Schloss, aber nicht fürs Fahrrad
- 4 ... du's glaubst oder nicht: Frucht-barer Inhalt findet auf S. 9 in den Korb
- 7 Ein wasserliebendes Insekt, das in der Wasserwaage steckt
- 8 Schlager für auf Englisch Fortgeschrittene (Don't give a *shit*)
- 9 Betrieb zur Herstellung von Gehölz? Er-sprießlicher Fund an der Zweig-Stelle?
- 12 Job, worin du gelerntermaßen ständig bist
- 14 Nouvelle cuisine: „Liegt Lachs mit Milchreis auf dem Teller, war der Koch –“
- 15 Wohin deutsche Häfenbrüder gehen, um zu sitzen
- 16 Auf tibetanische Gesänge gestimmt: Klang des Kellners?
- 19 Auf deinem Konto und am Kissen willst du diese niemals missen (Mz.)
- 20 Eine Sorte 4 waagrecht, fällt auf S. 9 nicht weit vom Stamm
- 21 Hat sich gemeindiglich in die Schweiz verschwommen, der Fisch?
- 22 Sie tritt leise ein, wenn Lärm sich legt

Senkrecht:

- 2 Eine Rundum-Sache: Was Betriebsrätinnen sein sollen, siehst du auf S. 4
- 3 Ritsche-ratsche: Ihre Zähne beißen meist auf Holz (gelegentlich auch auf Nerven)
- 4 Wenn sie über die Bühne geht, sitzt das Orchester im Graben
- 5 Wie wirkt es, wenn Frau Strauss beschleunigt(!) ermittelt?
- 6 Feiner Vorschlag für die Finanz: Das bringt ab S. 16 abgabliche Entlastung
- 10 Etwas farblose Lektüre? Worin sich die WIFO-Studie findet! (siehe S. 17)
- 11 Wie 4 waagrecht im Herbst wird – und was winters rau am Baum hängt
- 13 Mit dem Körper kannst du, kaum verändert, lieb haben
- 17 Genau(!) gesagt: Es war einmal – ein Ordner mit Inhalt?
- 18 Ja, das ist Ungarisch



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____/_____/_____/_____
Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

_____/_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

LOHNSTEUER RUNTER!

DAS ÖGB/AK-MODELL IST DA:
JETZT LIEGT'S AN DER REGIERUNG!

**1.706 EURO MEHR
FÜR CHRISTIAN.
NETTO. IM JAHR.**

Geld, das der oberösterreichische Schichtarbeiter in einem Zementwerk gut gebrauchen könnte. „Um meinem Sohn den Traum vom großen Baumhaus zu erfüllen.“

Jetzt eigenen Vorteil ausrechnen!
  www.lohnsteuer-runter.at

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

